



Niederschrift

39. Sitzung Hauptausschuss
18. April 2023, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

4.

Punkt 4 der Tagesordnung: Projektpartnerschaft mit Suseong-gu/Daegu (Republik Korea)
Vorlage: 2023/0112

Beschluss:

Kenntnisnahme im Rahmen der Vorberatung für den Gemeinderat

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 4 zur Behandlung auf. Es handle sich um eine Vorberatung für den Gemeinderat. Im Kulturausschuss sei es vorberaten.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE) weist darauf hin, in der Internationalisierungsstrategie sei die Anzahl der Projektpartnerschaften festgehalten. Dennoch habe man im Kulturausschuss debattiert, worin der Mehrwert über die Kultur hinaus liege. Wenn man beispielsweise im Bildungsbereich einen Austausch fördern möchte, sei dies mit Kosten verbunden. Die Frage sei, woher man das Geld nehme, wenn man diese Projektpartnerschaften auf mehreren Ebenen mit Leben füllen wolle.

Projektpartnerschaften und Städtepartnerschaften seien wichtig, gerade für den europäischen Zusammenhalt, um die Demokratie zu stärken oder auch für Städte, die unsere Solidarität benötigten. Die Frage sei, was man mit dieser Projektpartnerschaft erreichen könne und wovon man als Stadt Karlsruhe profitiere. Wenn man schon Projektpartnerschaften außerhalb Europas eingehen wolle, hätte sie sich gewünscht, eher nach Afrika zu schauen.

Stadträtin Ernemann (SPD) kann sich ihrer Vorrednerin anschließen. Man begrüße Projektpartnerschaften genauso wie Städtepartnerschaften. Allerdings müsse es auch in einem überschaubaren Rahmen sein. Man müsse sich auf die Partnerschaften konzentrieren, die jetzt schon bestünden. Nichtsdestotrotz begrüße man die Projektpartnerschaft in Korea.

Jede Partnerschaft koste jedoch Geld. Seien dafür Gelder eingestellt? Gebe es einen finanziellen Rahmen für diese Projektpartnerschaft?

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI) bekennt, auch ihrer Fraktion habe sich die Frage nach dem Mehrwert einer solchen Projektpartnerschaft gestellt. Man sei davon ausgegangen, dass man eher mit dieser Stadt in Indien, wo bereits ein relativ großer Austausch stattfand, eine Partnerschaft eingehen. Mache man es mit dieser Stadt in Korea jetzt nur wegen dem Badischen Staatstheater? Von städtischer Seite gebe es bisher keinen Kontakt. Indien sei für seine Fraktion nachvollziehbarer gewesen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) meint, auch seine Fraktion frage sich, was man als Stadt Karlsruhe von einer Partnerschaft habe, die so weit weg liege. Wie solle eine Zusammenarbeit stattfinden? Was bringe es für die Bürger, außer Kosten und Zeit? Man habe zurzeit wenig Geld zur Verfügung.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR) hat nichts gegen Internationalisierung. Beziehungen seien gut, müsse es aber eine Partnerschaft sein. Wo sei der Mehrwert?

Bürgermeister Dr. Käuflein führt aus, es sei keine Städtepartnerschaft, sondern lediglich eine Projektpartnerschaft auf der Linie der Internationalisierungsstrategie der Stadt Karlsruhe. Es sei aber in keiner Weise ausgeschlossen, dass man auch in andere Regionen blicke, nach Indien oder Afrika. Richtig sei auch, dass die Kultur das Herzstück dieser Projektpartnerschaft bilde. Seit vielen Jahren gebe es eine Verbindung zwischen dem Badischen Staatstheater und dem Theater Art Pia in Suseong-gu. Im Juni werde es ein Gastspiel des Staatstheaters auf Einladung Suseong-gu dort geben. Aus diesem Anlass werde es auch ein Memorandum of Understanding geben, welches noch einmal die Partnerschaft dieser zwei Theater vertiefe. Am Ende werde man über den Bereich Kultur hinaus davon profitieren.

Es liege eine Absichtserklärung vor, im Bereich der Wissenschaft, im Bereich der Wirtschaft, von Schule, Sport usw. Kontakte herstellen zu wollen. Als Stadt könne man Hochschulen, Wirtschaftsunternehmen, Schulen, Institutionen zusammenbringen. Daraus könne sich über die Kultur hinaus etwas entwickeln. Bereits im Kulturausschuss habe er jedoch ausgeführt, angesichts der Haushaltslage müsse man es Lowbudget machen, weil man keine zusätzlichen Gelder habe. Man könne jedoch vieles beispielsweise über Videokonferenzen machen. Daher werbe er dafür, diese Chance zu ergreifen. Wenn man diese Absichtserklärung abgebe und Partner zusammenbringe, profitiere jeder davon.

Stadtrat Müller (CDU) kann die Argumentationslinien von Herrn Dr. Käuflein unterstreichen. Man habe beim Besuch dort den Willen gespürt, nicht nur zu nehmen und zu lernen, sondern darüber hinaus auch einiges zu geben. Über die Kultur als Pfeiler dieser Absichtserklärung seien dann auch weitere Möglichkeiten gegeben, beispielsweise für IT-Firmen oder Duale Hochschulen usw. In diesen Zeiten sei es umso wichtiger, dass man in einen internationalen Austausch komme, dass man in eine Art Kommunikation eintrete. Er sei von der Absichtserklärung überzeugt.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE) spricht die Videokonferenzen an. Sie hoffe, dass man dann sehr viel über IT im Ferndialog lösen werde. Ihre Fraktion appelliere dafür, die Delegationen kleinzuhalten. Es gehe hierbei nicht nur um finanzielle und personelle Ressourcen, sondern es gehe auch um ökologische Kosten.

Der Vorsitzende erläutert, es gebe Budgets für Projektpartnerschaften, die nach ähnlichen Kriterien ausgegeben würden, wie für klassische Städtepartnerschaften. Diese Budgets würden nicht erhöht. Daher müsse man schauen, wie man damit umgehe.

Mit Projektpartnerschaften flankiere man bestehende und vielleicht zukünftig sich entwickelnde Partnerschaften, indem man es mit einem Label versehe, wo man auch bereit sei, es politisch mitzugestalten. Von anderen Projektpartnerschaften wisse man, dass diese meistens dadurch entstanden seien, dass es bereits Beziehungen aus der Zivilgesellschaft oder anderer Organisationen gab. Hier gebe es über das Staatstheater hinaus bereits persönliche Kontakte. Würde es hier um eine offizielle Städtepartnerschaft gehen, hätte er diesem nicht zugestimmt.

Klar sei aber auch, dass man keine großen Delegationen nach Korea schicken könne. Das müsse von den Projektpartnern selber kommen.

Es sei die Frage nach Afrika aufgeworfen worden. Er sei vom Oberbürgermeister von Kampala ausdrücklich aufgefordert worden, eine Partnerschaft einzugehen. Man habe mehrfach versucht, über die Stabsstelle SAM mit den dortigen kommunalen Gesellschaften aus dem Bereich der Infrastruktur, der Energieversorgung und anderer, Projekte anzustoßen. Letztendlich habe man keine nachhaltigen Kontakte schaffen können.

Ähnlich verhalte es sich mit Pune. Es gebe einen Kontakt zu einer dortigen Institution, die vergleichbar mit einer Industrie- und Handelskammer sei. Man habe auch ein MoU mit der Stadtverwaltung abgeschlossen. Dann sei aber der Chief Commissioner dort in ein Ministerium in Deli gewechselt, weshalb es wieder abgebrochen sei. Man verfolge es weiter, aber eher im Rahmen dieser Projektpartnerschaft, die über die Wirtschaftsförderung und das ZKM laufe.

Jetzt handle es sich hier lediglich um eine Projektpartnerschaft, weshalb er dies guten Gewissens unterstützen könne. Man werde immer mit dem Gemeinderat abstimmen, was im Einzelnen passiere.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt er die erfolgte Vorberatung fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
21. April 2023